

Berlins Haushaltsplan für 1917.

Aus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Der städtische Haushaltsplan bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Meine Herren, der Stadthaushaltsplan für 1917 ist ein Kriegshaushalt wie seine Vorgänger in 1915 und 1916, aufgestellt nach den im Krieg bewährten Grundsätzen.

Die Hauptabschlusssummen des neuen Stadthaushalts belaufen sich auf rund 377 Millionen

nur wenig hinter denen des laufenden Jahres zurück. Der über das Ganze schweifende Blick läßt mehreres Bedeutsames erkennen, zunächst den starken Rückgang der Wertsüberschüsse mit rund 6 1/2 Millionen, dann die ohne neues Anziehen der Steuerkrabe wesentliche höhere Ergiebigkeit der Steuern, ein Plus von rund 8 1/2 Millionen Mark, und schließlich gewisse ohne Rücksicht auf die in dieser Zeit sonst doppelt gebotene Sparsamkeit auftretende Mehr- und Neuausgaben sozialer Art.

Wasserwerke, Kanalwerke und Güter und einige kleinere Betriebsverwaltungen, hierunter der Osthafen und Lanke weisen günstigere Ertragnisse auf, herbeigeführt durch Sparbarkeit und bestimmte Wirkungen des Krieges, letzteres bei den Gütern, Lanke und dem Osthafen. Dagegen zeigen der Viehmarkt mit Schlachthof und Fleischbeschau bedeutende Mindereinnahmen infolge Rückgangs des Viehauftriebs und der Schlachtungen, ein Ungünstiger von rd. 3,2 Mill. M.

Das Steigen der Löhne und Materialpreise, die bei den Gas- und Elektrizitätswerken und bei den Straßenbahnen eine so unbedeutsame Wirkung auf die Überschüsse ausgeübt haben, muß im allgemeinen als eine Erscheinung der Kriegswirtschaft wohl oder übel hingenommen werden.

Die Reichskohlensteuer

— und sie wird ja wohl kommen! — so müssen unsere Gas- und Elektrizitätswerke von der im Gesetzesentwurf vorgesehenen Möglichkeit der Abwälzung der Steuer auf die Abnehmer alsbald Gebrauch machen.

Meine Herren, die Einnahmen der Straßenbahnen werden nach dem Voranschlag für 1917 die Ausgaben gerade decken. Wir geben uns hiermit zufrieden. Die Stadt Berlin hat niemals daran gedacht, eine Erhöhung ihrer Straßenbahntarife während des Krieges vorzunehmen und darf mit einem Teil der Vororte zusammen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine allgemeine Verkehrsstarkeiserhöhung in Groß-Berlin bisher verhindert und hierdurch der Bürgerschaft eine schwere Kriegslast ferngehalten zu haben.

Die Verkehrssteuer

soweit sie den Lokalverkehr einschließlich des Vorortverkehrs — in Berlin auch des Stadt- und Ringbahnverkehrs — der Städte und Großstädte erfassen will, die schwersten Bedenken wachrufen muß. Jede Verkehrssteuer trifft in erster Reihe die Städte und weniger das flache Land. Eine Verkehrssteuer aber, die auch den Lokalverkehr heranholt, macht unmittelbar den Eindruck und hat die Wirkung einer Vorausbelastung der Städte vor dem Lande.

Für 1917 kann das Mehr der Einkommensteuer von 6 1/2 Millionen und der Gewerbesteuer von 2,6 Millionen als vorläufig geschätzt bezeichnet werden. Daß auch die Kinossteuer um 100 000 Mark höher angelegt werden konnte, ist immerhin erwähnenswert. Der um ein wenig geringere Ertrag der Grundsteuer hat kaum etwas mit der Lage der Haus- und Grundbesitzer zu tun.

Die Bedeutung des Realkredits

für das Wirtschaftsleben und besonders für die großen Städte macht unzweifelhaft notwendig, ihn in jeder im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Stadtfinanzen möglichen Weise zu stützen und zu fördern. Wir haben dem Willen zur pfleglichen Behandlung des Hausbesitzes auch bisher schon greifbaren Ausdruck verliehen und im Kriege allein an Mietbeihilfen bis Ende des vorigen Monats rund 42 Mill. M. aufgewendet, das sind erheblich mehr, als der Ertrag der Grundsteuer und der Bruttoeinnahme an Kanalgebühren eines ganzen Jahres.

Frage des Großberliner Lastenausgleichs

der neuerdings wieder einmal infolge einer Petition mehrerer östlicher und westlicher Vororte in der Gemeindefinanzkommission des Abgeordnetenhauses erörtert worden ist. An der Spitze der Bittsteller stehen der Kreis Niederbarnim und die Städte Lichtenberg und Neukölln. Die finanzielle Kriegsnöte gibt ihnen den Anlaß, ein Vorgehen der Staatsregierung während des Krieges zu fordern. Man fürchtet wohl mit Recht, daß nach dem Kriege Wichtigeres zu tun sein möchte. Ein allgemeiner Lastenausgleich im Staatsbereich wie in einzelnen Wirtschaftsgebieten ist theoretisch denkbar, aber praktisch unerreichbar, weil er die Aufhebung der Selbstverwaltung bedeuten würde.

Die Eingemeindung!

und das wir nur tragen müssen aus Rücksichten, die nichts zu tun haben mit den Interessen der vier Millionen Groß-Berliner, auf die es allein ankommen sollte!

Meine Herren, mit aller Entschiedenheit und im Verein mit den zahlreichen Vororten, mit denen uns gleiche Interessen verbinden, werden wir uns jedem Lastenausgleich widersetzen. Möge dieses heute wirr durcheinander arbeitende und kämpfende, sich vielfältig selbst schädigende Groß-Berlin in der kommenden neuen Zeit bald ein einheitliches kommunalpolitisches Ganzes werden, in dem alle Kräfte zum Wohle der Gesamtheit wirken und an der richtigen Stelle angelegt werden!

Die Aussprache.

Hierauf äußerten sich die Vertreter der drei Gruppen über Einzelheiten des Haushaltsplans.

Stadtv. Cassel (l.) erkannte an, daß der Haushaltsplan im ganzen vorsichtig und gut aufgestellt ist, betonte aber, daß es sich doch nur um einen Kriegsetat handle, bei dem man nicht den Maßstab der Gestaltung unserer Finanzen bei einer friedlichen Entwicklung legen darf. Redner verweilte des längeren bei der Lage des städtischen Grundbesitzes. Die gesamte Bevölkerung habe das höchste Interesse an guten und gesunden Wohnungen und deshalb an einer möglichst guten Lage unseres Grundbesitzes!

Der Redner machte dann einen größeren Ausflug auf das politische Gebiet, bedauerte, daß nach einer kürzlich erfolgten Erklärung des Oberpräsidenten an eine Aenderung des Zweckerbundes nicht zu denken ist und erklärte dies als ein „vielversprechendes“ Symptom für die so oft besprochene Neuorientierung.

klärung des Oberpräsidenten an eine Aenderung des Zweckerbundes nicht zu denken ist und erklärte dies als ein „vielversprechendes“ Symptom für die so oft besprochene Neuorientierung.

Nach Stadtv. Romm (Fr. Fr.) beleuchtete Einzelheiten des Etats kritisch, wobei er sich den letzten Worten des Vorredners von ganzem Herzen anschloß. Er hielt es u. a. auch für notwendig, daß mit aller Energie gegen den Gedanken des Lastenausgleiches Front gemacht werden müßte. Diese Frage hänge mit der Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden auf das innigste zusammen.

Der Etat ging an den Ausschuß.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte zunächst die Einführung des Redakteurs Emil Eichhorn (Soz.) durch den Stadtv. Vorsteher Wichelet. Alsdann machte Oberbürgermeister Wermuth die Mitteilung, daß die bestimmt in Aussicht gestellte Vorlage über die ärztliche Behandlung der Kriegerfamilien noch etwas hinausgeschoben werden müsse. Es habe sich inzwischen die Notwendigkeit und Möglichkeit neuer Verhandlungen mit der Ärztekammer herausgestellt. Es sei mit der Ärztekammer vereinbart worden, die alten Abmachungen vorläufig noch auf einen Monat zu verlängern.